

Unionsrechtliche Vorgaben Für Den Umgang Mit Verp

[#EU Law](#) [#VERP Compliance](#) [#Environmental Responsibility](#) [#Packaging Regulations](#) [#Extended Producer Responsibility](#)

Understanding and adhering to EU law regarding the management of VERP (Packaging and Packaging Waste Directive) is crucial for businesses operating within the European Union. This involves fulfilling extended producer responsibility, complying with specific packaging regulations, and demonstrating environmental responsibility through proper handling and disposal processes, ensuring adherence to the legal framework and minimizing environmental impact.

All textbooks are formatted for easy reading and can be used for both personal and institutional purposes.

Welcome, and thank you for your visit.

We provide the document Eu Law Handling Verp you have been searching for. It is available to download easily and free of charge.

Across countless online repositories, this document is in high demand.

You are fortunate to find it with us today.

We offer the entire version Eu Law Handling Verp at no cost.

Unionsrechtliche Vorgaben für den Umgang mit Verpackungen und zur Vermeidung von Kunststoffen

Psychische Erkrankungen gehören epidemiologisch weltweit zu den verbreitetsten Krankheitsrisiken. Psychopharmaka prägen unsere Gesellschaft stärker, als uns dies bewusst ist. Gleichwohl ist der rechtliche Rahmen der psychopharmakologischen Forschung und Therapie fragmentiert sowie teils von vorrationalen Pfadabhängigkeiten geprägt. Die vorliegende Untersuchung geht von der Geschichte der wissenschaftlichen Psychopharmakologie sowie den neurochemischen Wirkungsmechanismen typischer Psychopharmaka aus. Klaus Ferdinand Garditz analysiert die wildwuchsigsten Regelungsstrukturen und die damit verbundenen Wechselwirkungen zwischen Pharmakologie, Gesellschaft und Recht als institutionelle Herrschaftspraxis. Naturwissenschaftliches Wissen prägt einerseits das Recht, reziprok prägen aber auch die Symboliken und Steuerungsinstrumente des Rechts die Entstehung von sowie den Umgang mit naturwissenschaftlichem Wissen. Pharmakologische Wissensgenerierung hat eine markante Eigengeschichtlichkeit, die erst aufzeigt, wie überhaupt Regelungsbedürfnisse entstanden sind und wie eine Gesellschaft, die Recht instrumentell zur sozialen Zielerreichung einsetzt, Psychopharmaka und ihre Erforschung in der Zeit wahrgenommen hat. Eine kontextsensible Reflexion des Rechts der psychotropen Stoffe (vom Betaubungsmittelrecht über das Arzneimittelrecht bis zum verfassungsrechtlichen Rahmen) scheint gerade auch deshalb angezeigt, weil Legalisierungs- und Liberalisierungsdebatten wieder an Fahrt aufnehmen, aber weitgehend konzeptlos bleiben.

Korrelative Systeminterferenzen

Streinz + Musil/Burchard = Prüfungserfolg: Dieser Klausurenkurs ist die perfekte Ergänzung zum Standardlehrbuch von Streinz, Europarecht. Angesprochen werden neben den Studierenden des Schwerpunktbereichs Internationales Recht/Europarecht, deren Bedürfnisse durch das Buch in vollem Umfang abgedeckt werden, auch und insbesondere Pflichtfachstudierende. Sie erhalten das nötige Rüstzeug für examensrelevante Fragestellungen im Europarecht und erhalten einen Eindruck von der Vielfalt von Aufgabenstellungen, den unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden sowie den damit verbundenen Erwartungshaltungen an den Klausurschreiber. Die Neuauflage berücksichtigt dabei im Besonderen die gesetzestechnischen Neuerungen, die durch den Lissabonner Vertrag entstanden sind. Der Inhalt im Einzelnen: Der Band ist in drei Kapitel untergliedert. Zu Beginn werden die Arbeitsmöglichkeiten für die beiden angesprochenen Zielgruppen aufgezeigt. Im 2. Kapitel werden sodann auf abstrakter Ebene diejenigen Klausurkonstellationen dargestellt, die im Gemeinschaftsrecht relevant werden können. Hier findet der Leser den allgemeinen Zugang zu klausurrelevanten Fallgestaltungen. Den Kern des Buches bildet der Klausurenteil im 3. Kapitel. Er enthält 21 Fälle, welchen jeweils Leitentscheidungen des EuGH und anderer Gerichte zugrunde liegen. Die entsch-

iedenen Fälle werden klausurtechnisch aufbereitet und um angrenzende Problempunkte ergänzt, so dass jeweils komplette Klausuraufgaben entstehen. Die Verwendungsmöglichkeit als Prüfungsleistung (Schwerpunkt- oder Pflichtfachklausur) wird im Rahmen der Vorüberlegungen zu jedem Fall erläutert. Abgerundet wird der Klausurenteil durch entsprechende Prüfungsschemata.

Dirty Drugs

English summary: This textbook on "European Law" is addressed to students for whom European law is compulsory, and also to those for whom it is an elective. The new edition has been thoroughly updated. German description: Das Lehrbuch "Europarecht" wendet sich sowohl an den Studenten mit dem Pflichtfach Europarecht als auch an den Wahlpflichtkandidaten, ist aber auch für den juristischen Praktiker geeignet, da es einen schnellen Zugang zur Materie ermöglicht. Aus Rezensionen zu vorherigen Auflagen: "Nicht nur die leserfreundliche Darstellung, sondern und gerade die tiefgehende und zugleich klar verständliche Illustration der - bisweilen - komplexen Rechtsmaterie und das Ineinandergreifen mit dem nationalen Recht gelingt den Verfassern auf eine besonders meisterhafte Weise. ...] Daher sollte dieses Standardlehrwerk im Bucherregal jedes Juristen zu finden sein und die Lektüre von keinem Juristen vernachlässigt werden." Arian Nazari-Khanachayi dierezensenten.blogspot.com - <http://www.dierezensenten.blogspot.de/2014/06/rezension-offentlic>

Klausurenkurs im Europarecht

Die Neuauflage ist auf Stand von Juli 2019 und greift die jüngsten Entwicklungen bis hin zum Urteil des EuGH zur deutschen PKW-Maut und zum BVerfG-Urteil zur Bankenunion auf. Die Konzeption: Das Europarecht ist in den Grundzügen ausgewählter Materien (Organe, Rechtsquellen, Rechtsetzung, Verhältnis zum nationalen Recht, Grundfreiheiten des Binnenmarktes, Grundrechte, Unionsbürgerschaft, Rechtsschutzsystem) Gegenstand des Pflichtfachstoffs und gewinnt zusehends an Bedeutung für die Prüfungspraxis in der Ersten und auch der Zweiten Juristischen Staatsprüfung. Es wirkt sich nicht nur auf das Öffentliche Recht (Europäisierung des Verfassungs- und Verwaltungs- und Verwaltungsverfahrenrechts), sondern auch auf das Zivil- und Zivilprozessrecht sowie das Strafrecht aus. Es ist darüber hinaus, meist zusammen mit dem Völkerrecht oder in Kombination mit verschiedenen anderen Fächern, Gegenstand eines besonderen Schwerpunktbereichs der Juristischen Universitätsprüfung bzw. Wahlfach (Berufsfeld) in der Zweiten Juristischen Staatsprüfung. Auf Letztere bereitet dieses Lehrbuch vollumfänglich vor. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf dem institutionellen Teil und ausgewählten Bereichen des materiellen Europarechts, wobei den spezifisch wirtschaftsrechtlichen Fragestellungen ein besonderes Augenmerk gilt. Zahlreiche in die Darstellung integrierte Fälle mit Lösungen und Beispiele vermitteln auch die bedeutsame Rechtsprechung des EuGH. Graphiken und Schaubilder machen selbst komplexe Zusammenhänge eingängig.

Europarecht

In diesem am Markt einzigartigen Handbuch werden Methodenfragen des Europarechts umfassend systematisch dargestellt. Das Werk verbindet eine vertiefte Untersuchung von Methodenfragen mit der exemplarischen Vertiefung für einzelne Rechtsgebiete und Institutionen. In Länderberichten wird über die Perspektiven anderer Mitgliedstaaten berichtet.

Streinz, Europarecht

Das vorliegende Lehrbuch zum internationalen Umweltrecht stellt die gesamte Materie dar - einschließlich ihrer europarechtlichen Bezüge. Die ersten Abschnitte behandeln bereichsübergreifend relevante Fragestellungen, die die Bezüge zum Völkerrecht herstellen. Die folgenden Abschnitte analysieren den Schutz und die nachhaltige Nutzung der einzelnen Umweltmedien. Die europarechtlichen Aspekte werden jeweils im thematischen Zusammenhang erläutert.

Musil/Burchard, Klausurenkurs im Europarecht

Das EG-Umweltrecht enthält zahlreiche Vorgaben nicht nur für den nationalen Gesetzgeber, sondern auch für die mitgliedstaatlichen Behörden, die mit dem Vollzug betraut sind. Daß die tatsächliche Anwendung europarechtlicher Umweltstandards vor Ort keineswegs als selbstverständlich vorausgesetzt werden darf, zeigt nicht zuletzt eine Reihe von aktuellen Veröffentlichungen, in denen meist jedoch nur unsubstantiiert Vollzugsdefizite beklagt wurden. Ausgehend von den rechtlichen Vorgaben, steht daher die tatsächliche Verwaltungspraxis im Mittelpunkt der Untersuchung. Behörden und Umweltschutzver-

bände in Deutschland wurden konkret danach befragt, wie sie selbst den Vollzug europarechtlicher Vorschriften auf dem Gebiet des Umweltschutzes angehen und wie sie bestimmte Probleme einschätzen. Es zeigt sich, daß die Vollzugssituation durch das Schlagwort vom Vollzugsdefizit kaum ausreichend charakterisiert werden kann. Die Ergebnisse machen vielmehr deutlich, daß behördliches Handeln nicht isoliert zu sehen ist, sondern unter dem Einfluß des zu vollziehenden rechtlichen Programms sowie den anderen am Vollzug beteiligten Akteuren, insbesondere den Adressaten, betroffenen Bürgern oder Interessenvertretern steht. Die Untersuchung, die sowohl für Wissenschaftler als auch für Praktiker von Interesse sein dürfte, legt eklatante, häufig strukturell angelegte Vollzugsmängel im Bereich des EG-Umweltrechts offen und setzt sich mit Lösungsansätzen auseinander, die in der Literatur vorgebracht wurden.

Zeitschrift für Rechtsvergleichung, internat. Privatrecht und Europarecht

Inhaltsangabe: Zusammenfassung: Der Schutz der Umwelt ist schon lange kein nationales Problem mehr. Die globalen Auswirkungen der Umweltzerstörung auf unsere natürliche Lebensgrundlage betreffen alle Unionsbürger gleichermaßen direkt und unmittelbar. Die Umweltbeeinträchtigung macht weder vor Staatsgrenzen noch vor Kontinenten halt und kann deshalb auch nicht im nationalen Alleingang gelöst werden. Angesichts der grenzüberschreitenden Problematik der Umweltverschmutzung ist die Frage berechtigt, ob die Europäische Gemeinschaft, als supranationale Organisation, die Kompetenz und das Instrumentarium besitzt, um diese dringenden, zukunftsentscheidenden, ökologischen Probleme einzudämmen und effektiv zu bekämpfen. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Umweltpolitik der Europäischen Gemeinschaft darzustellen, und Maßnahmen und Lösungsansätze der Gemeinschaft für die oben genannten Probleme aufzuzeigen. Dazu ist es zweckmäßig, zunächst die geschichtliche Entwicklung der gemeinsamen Umweltpolitik auf europäischer Ebene zu betrachten. Einführend wird auf die Umweltkompetenzen und die Aktivitäten der Gemeinschaften nach ihrer Gründung eingegangen. Anschließend werden die wesentlichen Fortschritte und Veränderungen der Umweltpolitik, die sich durch die Einheitliche Europäische Akte im Jahre 1987 ergeben haben, dargelegt. Die geschichtliche Darstellung schließt mit einer Betrachtung der Neuregelungen für die Umweltpolitik im Europäischen Wirtschaftsraum und der Modifikationen für die europäische Umweltpolitik, die sich nach Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Union am 1. November 1993, ergaben. Nachfolgend werden die umweltrelevanten Gesetzesgrundlagen und Prinzipien aufgezeigt. Der erste Teil dieser Arbeit schließt mit Darlegung der wesentlichen Aktionen und Maßnahmen, die zur Verwirklichung der EG-Umweltpolitik ergriffen wurden. Schwerpunkt der Arbeit ist die 1995 umgesetzte Öko-Audit-Verordnung, mit der durch die Förderung der betrieblichen Eigenverantwortung eine erhebliche Reduzierung der Umweltbeeinträchtigungen in Europa angestrebt wird. In diesem Zusammenhang werden die Vor- und Nachteile beschrieben, die Unternehmen durch die Teilnahme an diesem System haben. Nachdem das verbindliche Verfahrensschema aufgezeigt und die institutionellen Rahmenbedingungen dargelegt wurden, schließen die Ausführungen mit praktischen Anforderungen, die an ein effektives Umweltmanagementsystem gestellt werden müssen. Die Arbeit endet [...]

Europarecht

Die vorliegende Festschrift ehrt Paul Kirchhof zu dessen 70. Geburtstag. Seine Leitgedanken des Rechts werden von Kollegen, Freunden und Weggefährten in Beiträgen zu Recht, Frieden, Freiheit und Demokratie, zu Regierung und Verwaltung, zum Rechtsschutz wie zur Staatengemeinschaft, zur Wirtschaft ebenso wie zur Strafgewalt, zu Religionen und Kirchen, zu Finanzen und Besteuerung dargelegt. Band I: Staat und Verfassung Band II: Staat und Bürger

Europäische Methodenlehre

"The Austrian Review of International and European Law" is an annual publication that provides a scholarly forum for the discussion of issues of public international and European law, with particular emphasis on topics of special interest for Austria. Its analytical articles focus on theoretical questions, current developments, and emerging tendencies in all areas of the field, including detailed reviews of relevant recent literature. Issues of human rights law and the law of international organisations are also covered. An important integral element of the Review is its digest of Austrian practice in public international law, encompassing both executive and judicial developments. The editorial board and advisory board comprise scholars and practitioners in public international and European law,

ensuring that the Review adequately reflects the interrelationships between current developments and the continuing evolution of this important area of legal theory and practice.

Internationales Umweltrecht

Mit der Europaisierung des internationalen Privatrechts verfolgt die Union das Ziel, dass ein Streitfall - unabhängig vom Gerichtsstand - in allen Mitgliedstaaten nach demselben Recht beurteilt wird. Ob dies in der Praxis gelingt, hängt allerdings von den nationalen Verfahrensregeln zur Anwendung und Ermittlung ausländischen Rechts ab, die in den Mitgliedstaaten sehr heterogen ausgestaltet sind. Clemens Trautmann untersucht die Verfahrensregeln der wichtigsten europäischen Jurisdiktionen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht und entwickelt auf der Basis einer rechtsvergleichenden und unionsrechtlichen Analyse Lösungen für die wesentlichen Problemfelder: fakultatives Kollisionsrecht, stillschweigende Rechtswahl im Prozess, Feststellung von Anknüpfungstatsachen, Einführung ausländischen Rechts in Rechtsmittelinstanzen sowie in Eilverfahren, Offenlassen der kollisionsrechtlichen Entscheidung, Verteilung der Ermittlungslasten und Nichtermittelbarkeit ausländischen Rechts.

Der Vollzug europarechtlicher Vorschriften auf dem Gebiet des Umweltschutzes

Die Aktiengesellschaft soll private Ersparnisse in dauerhaft gebundenes, unternehmerisches Anlagekapital transformieren. Zugleich erlaubt die Börsennotierung eine beliebig kurzfristige Anlage in unternehmenstragende Gesellschaften. Vor diesem Hintergrund bestehen in Rechtswissenschaft, Ökonomie und Politik seit langem große Sorgen, dass die moderne kapitalmarktorientierte Aktiengesellschaft unter ein schädliches Diktat kurzfristiger Einflüsse gerät. Eckart Bueren leuchtet diese wechselhafte Kontroverse um kurzfristige Orientierung und damit um den Schutz der Funktionsfähigkeit der Aktiengesellschaft erstmals gesamthaft rechts- und ideengeschichtlich, rechtsvergleichend und rechtsökonomisch aus. Er erzählt damit die Rezeptionsgeschichte eines international wirkmächtigen Regelstopos im Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht. Welche Entwicklung hat er durchlaufen, für welche Rechtsfragen, Regelungsanliegen und Interessen wurde er zu verschiedenen Zeiten dienstbar gemacht und wie bedeutsam ist er heute? Die Arbeit wurde mit dem Förderpreis der Stiftung Kapitalmarktforschung für den Finanzstandort Deutschland ausgezeichnet.

Die Grundzüge des Europäischen Umweltrechts unter besonderer Berücksichtigung der Öko-Audit-Verordnung

Ist zwischenstaatliche Konkurrenz mit dem Mittel des Rechts möglich? Als Standortwettbewerb funktioniert sie nur mithilfe einer Wettbewerbsordnung im übergeordneten Recht. Sie besteht aus fünf Geboten, die Stefan Korte auf das Unionsrecht und das deutsche Verfassungsrecht projiziert, um daraus rechtliche Schlüsse zu ziehen.

Leitgedanken des Rechts

Das System der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit ist in der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zunehmender Kritik ausgesetzt. Trotz der polarisierend geführten Debatte fehlt es bislang an einer umfassenden Überprüfung der Streitbeilegungsmechanismen mit dem Unionsrecht. Sophie Barends geht der Frage nach, welchen unionsverfassungsrechtlichen Anforderungen die Regelungen über die Investitionsschiedsgerichtsbarkeit in EU-Investitionsschutzabkommen unterliegen. Auf Basis der sog. Grundlagen der Union arbeitet sie die institutionellen, materiellen und verfahrensrechtlichen Anforderungen an Streitbeilegungsmechanismen in völkerrechtlichen Abkommen der Europäischen Union heraus. Anschliessend überprüft sie anhand dieser Anforderungen die in den EU-Investitionsschutzabkommen enthaltenen Streitbeilegungsmechanismen und macht, sofern erforderlich, Vorschläge für eine unionsrechtskonforme Ausgestaltung.

Austrian Review of International and European Law

Der mittlerweile im EU-Vertrag positivierte Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit hat eine herausragende Bedeutung für das Institutionengefüge der EU. Seine Unbestimmtheit erregt jedoch Bedenken wegen einer drohenden Beliebigkeit der Rechtsanwendung und rückt die Konkretisierung der Loyalitätspflichten in den Fokus. Daniel Benrath rekonstruiert den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit als Verkörperung der Gesamtrechtsordnung und seine Konkretisierung als Rechtsanwendung im spezifischen Bereich hoheitlicher Beziehungen und in der spezifischen Situation "schwieriger" Rechtslagen. Die Konkretisierung erscheint so als methodisches Problem, zu dessen Lösung der Grundsatz

selbst als inhaltsleere Zwischenkonstruktion wenig beitragen kann. Der Autor analysiert deren Herausforderungen und entwickelt anschliessend für Verfahrensregelungen verschiedene methodische Werkzeuge zur Konkretisierung.

Europäisches Kollisionsrecht und ausländisches Recht im nationalen Zivilverfahren

This new edition will be of special value in providing timely information about European atomic energy law. The heart of the compendium is a thorough presentation of the Euratom Treaty, including all of its component regulations, directives, and relevant decisions by the European Commission and European Court of Justice. There is an ongoing need for information about international as well as European atomic energy law.

Short-termism im Aktien- und Kapitalmarktrecht

Der Klassiker der Strafrechts-Lehrbücher!!! Der Band Strafrecht Allgemeiner Teil behandelt die Lehre von der Straftat. Das Lehrbuch ist zur vorlesungsbegleitenden Lektüre für Studienanfänger und Fortgeschrittene konzipiert und vermittelt unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung die Grundlagen des Strafrechtssystems. Ausgangspunkte der Darstellung sind stets einleitende Fälle mit kurzen Lösungen am Kapitelende. Dieser Gang der Darstellung sowie ergänzende Hinweise zur Methode der Fallbearbeitung erleichtern dem Lernenden das Eindringen in die Probleme des Allgemeinen Teils. Außerdem können sich fortgeschrittene Studierende und Referendare zur raschen Wiederholung einen zusammenhängenden Überblick zu den Kernfragen der Strafrechtsdogmatik verschaffen. Das ebook: Es enthält den vollständigen Text des Buches direkt verlinkt mit nach didaktischen Gesichtspunkten ausgewählten, für die strafrechtliche Ausbildung und Praxis wegweisenden Entscheidungen des BGH und des RG. Der Leser gelangt so mit einem "Klick" aus dem Text unmittelbar zu den in dem ebook enthaltenen Urteilen. Mit der Neuauflage ist die Darstellung wiederum gründlich ergänzt und aktualisiert worden; Rechtsprechung und Schrifttum sind bis Juni 2022 berücksichtigt.

Standortfaktor Öffentliches Recht

English summary: In this work, Christoph Möllers takes the traditional notion of separated powers and tries to modernize it by developing a legitimacy-based model for the legislative, executive and judicial functions. This model is based on the idea of autonomy as the central element for every legal order that claims legitimacy. The institutional implications of the distinction between individual and collective self-determination enable the author to develop certain criteria for the organization of legitimate lawmaking procedures. In this model, the concept of separated powers provides a solution for the perpetual conflict between individual and collective self-determination, both equally accepted by constitutional systems. These criteria can be applied comparatively to traditional problems of separated powers - delegation, constitutional jurisdiction - as well as to problems of multi-level legal systems. German description: Warum sind Staatsorganisationen traditionell in drei Gewalten gegliedert? Auf diese Frage gibt Christoph Möllers eine legitimierungstheoretisch begründete Antwort und macht diese juristisch nutzbar: Moderne Verfassungen legitimieren sich durch den Schutz individueller Freiheit und die Ermöglichung demokratischer Selbstbestimmung, lassen jedoch den Vorrang zwischen beiden Legitimationsformen offen. Statt einer materiellen Vorrangregel dient das Prinzip der Gewaltengliederung dem Ausgleich beider Legitimationsansprüche durch Organisation und Verfahren. Auf Grundlage dieser Einsicht leitet der Autor Kriterien zur Bestimmung der drei Gewalten her, die die Auslegung von Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG präzisieren, und im Vergleich mit dem Verfassungsrecht der USA auf Einzelprobleme Anwendung finden: Verfassungsgerichtsbarkeit, gerichtliche Kontrolle der Verwaltung und Delegation der Rechtsetzung. In einem zweiten Argumentationsgang bewahrt sich dieses Modell auch bei föderalen Rechtsordnungen und übernationalen Organisationen wie der EU, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Welthandelsorganisation (WTO). Probleme der Kompetenzbestimmung zwischen Ebenen, der Verbundverwaltung oder der Anwendbarkeit von internationalem Recht werden durch das Modell auf eine systematische Grundlage gestellt.

Streitbeilegung in Unionsabkommen und Europäisches Unionsrecht

Das Unionsrecht und das nationale Recht sind auf vielfältige Weise miteinander verknüpft. Wie aber ist die gegenseitige Einwirkung beider Rechtsmassen aufeinander konkret ausgestaltet? Dana Burchardt zeigt dies mit dem Modell eines europäischen Normenverbundes. Den Ausgangspunkt und zugleich den Schwerpunkt der Betrachtung bildet dabei die Rangfrage: Ist das Unionsrecht dem nationalen Recht übergeordnet oder umgekehrt? Ist ein hierarchisches Verständnis beider Rechtsmassen über-

haupt denkbar? Die verschiedenen Begründungsansätze für mögliche Hierarchieverhältnisse werden kritisch hinterfragt. Das Modell eines europäischen Normenverbundes bietet dann den konzeptionellen Rahmen, um die Rangfrage stimmig zu beantworten. Kernthese ist dabei, dass der Blick auf das Verhältnis der Rechtsordnungen ergänzt werden muss - und zwar um die Dimension der einzelnen Normen und ihrer Interaktionen.

Das Sicherheitsdatenblatt nach REACH und TRGS 220 mit CD-ROM

Die Idee der Europäischen Wirtschaftsintegration verwirklicht sich in den verschiedenen Sektoren des öffentlichen wie privaten Wirtschaftsrechts. Die prinzipielle Prägung dieses Rechts durch Grundfreiheiten und Grundrechte wird vertieft und überformt durch europäisches Sekundärrecht, das einerseits die Prägung fortzuschreiben sucht, andererseits aber auch politische Wertungen transportiert - jeweils mit enormen Auswirkungen auf das nationale Recht. Die 2. Auflage liefert auf neuestem Stand die notwendige Detailanalyse der einzelnen Regelungssektoren, zeigt Defizite auf und gibt Handlungs- und Beratungssicherheit für die Beurteilung nationaler Fallkonstellationen vor dem Hintergrund der Europäischen Integration. Die wichtigen Sektoren mit weitreichender ökonomischer Bedeutung und hoher Praxisrelevanz werden von renommierten Autorinnen und Autoren unter die Lupe genommen: das Agrar-, das Lebensmittel- und das Arzneimittelrecht das Energierecht das Recht der freien Berufe und das Recht des Handwerks das Telekommunikationsrecht das Transportrecht das Versicherungsrecht das Bankrecht, das spätestens seit der Finanzkrise 2008 im Mittelpunkt des europäischen sektoralen Wirtschaftsrechts steht. Die Autorinnen und Autoren Prof. Dr. Matthias Ruffert, Berlin | Prof. Dr. Jörg Gundel, Bayreuth | Prof. Dr. Constanze Janda, Speyer | Prof. Dr. Ines Härtel, Frankfurt (Oder) | Prof. Dr. Markus Ludwigs, Würzburg | Prof. Dr. Stefan Storr, Wien | Prof. Dr. Josef Ruthig, Mainz | Prof. Dr. Matthias Knauff, Jena | Prof. Dr. Jürgen Kühling, Regensburg | Prof. Dr. Dirk Looschelders, Düsseldorf | Prof. Dr. Lothar Michael, Düsseldorf | Prof. Dr. Christoph Ohler, LL.M. (Brügge), Jena

Die Konkretisierung von Loyalitätspflichten

This book considers the European Union as a project with a major antidiscrimination goal, which is important to remember at a time of increasing resentment against particularly exposed groups, especially migrants, refugees, members of ethnic or religious minorities and LGBTI persons. While equality and non-discrimination have long been core principles of the international community as a whole, as is made obvious by the UN Charter and the Universal Declaration of Human Rights, they have shaped European integration in a particular way. The concepts of diversity, pluralism and equality have always been inherent in that process, the EU being virtually founded on the values of equality and non-discrimination. The Charter of Fundamental Rights of the EU contains the most modern and extensive catalogue of prohibited grounds of discrimination, supplementing the catalogue enshrined in the European Convention on Human Rights. EU law has given new impulses to antidiscrimination law both within Europe and beyond. The contributions to this book focus on how effective and credible the EU has been in combatting discrimination inside and outside Europe. The authors present different (mostly legal) aspects of that topic and examine them from various intra- and extra-European angles.

Europäisches Atomrecht

European criminal law faces many challenges in harmonising states' criminal justice systems. This book presents a systematic analysis of this legal area and examines the difficulties involved.

Strafrecht Allgemeiner Teil

In June 2009 the Institute of European Public Law of the University of Hull assembled a range of experts in relevant fields to offer papers and reach some consensus on what has been achieved in the EU legal order and what the future holds for that order given local tensions and global uncertainty.

Gewaltengliederung

Rev. ed. of: External relations of the European Union legal and constitutional foundations / Piet Eeckhout. [1st ed.] 2004.

Die Rangfrage im europäischen Normenverbund

With this Liber Amicorum, around 50 contributors from the legal and judicial professions, from academia and from politics pay tribute to Dr Wolfgang Heusel, the Director of the Academy of European Law

(ERA) in Trier from 2000 to 2020. The contributions provide a thorough analysis of some of the most relevant legal and political challenges faced by the European Union, including in the fields of data protection rules, artificial intelligence, the rule of law, human rights protection, institutional reform of the EU and changes in the legal and judicial professions. The book is primarily aimed at postgraduate students, legal practitioners and scholars interested in EU legal matters.

Europäisches Sektorales Wirtschaftsrecht

Technological developments have enabled a dramatic expansion and also an evolution of telework, broadly defined as using ICTs to perform work from outside of an employer's premises. This volume offers a new conceptual framework explaining the evolution of telework over four decades. It reviews national experiences from Argentina, Brazil, India, Japan, the United States, and ten EU countries regarding the development of telework, its various forms and effects. It also analyses large-scale surveys and company case studies regarding the incidence of telework and its effects on working time, work-life balance, occupational health and well-being, and individual and organizational performance.

The European Union as Protector and Promoter of Equality

The European Court of Human Rights is an international court based in Strasbourg and is part of the Council of Europe. The Court rules on individual or inter-State applications alleging violations of the rights and freedoms set out in the European Convention on Human Rights by any of the Council's 47 Member States. The Court's case-law makes the Convention a powerful living instrument for consolidating the rule of law and democracy in Europe. Reports of Judgments and Decisions is the official series of leading cases selected by the most senior judges at the Court because of their high jurisprudential interest. Each judgment and decision is published in English and French and is preceded by a summary - including case description, keywords, and key notions - for ease of reference. The Reports are primarily designed for legal professionals, libraries, and academics. Wolf Legal Publishers is proud to present the Reports of Judgments and Decisions series, formerly published by Carl Heymanns Verlag. Each volume contains a series of cases or extracts of cases, preceded by a summary prepared by the Registry. Each summary contains a case description, keywords, and key notions, in addition to the facts of the case and the Court's main findings. Cases will continue to be presented in five or six volumes published every year, accompanied by an index listing them, both alphabetically (by applicant and by respondent State) and analytically (by Article(s) of the European Convention on Human Rights). *** Volume 2009-II contains the following select reports/cases: Andrejeva * A. and Others * L'Erabliere A.S.B.L. * H. and Others (Series: Reports of Judgments and Decisions)

European Criminal Law

Sovereignty in Transition brings together a group of leading scholars from law and cognate disciplines to assess contemporary developments in the framework of ideas and the variety of institutional forms associated with the concept of sovereignty. Sovereignty has been described as the main organising concept of the international society of states - one which is traditionally central to the discipline and practice of both constitutional law and of international law. The volume asks to what extent, and with what implications, this centrality is challenged by contemporary developments that shift authority away from the state to new sub-state, supra-state and non-state forms. A particular focus of attention is the European Union, and the relationship between the sovereignty traditions of various member states on the one hand and the new claims to authority made on behalf of the European Union itself on the other are examined. The collection also includes contributions from international law, legal philosophy, legal history, political theory, political science, international relations and theology that seek to examine the state of the sovereignty debate in these disciplines in ways that throw light on the focal constitutional debate in the European Union.

The European Union Legal Order After Lisbon

Das Handbuch Sprache im Recht beleuchtet die zentrale Rolle der Sprache für die juristische Arbeit im Kontext institutionellen Rechts. Im Fokus stehen die sprachlichen Produktions- und Rezeptionsprozesse juristischer Textarbeit. Dazu werden semiotische, semantische und pragmatische Aspekte der rechtlichen Fachkommunikation im Spiegel von Mündlichkeit und Schriftlichkeit behandelt. Neben der Relevanz der Rechtssprache aus dem Blickwinkel der Legislative, Exekutive und Judikative werden einschlägige Phänomene des Rechts in ihren Grundzügen behandelt wie z.B. die Bedeutung von Normtexten für die Rechtsfindung, der Stellenwert der Rechtsterminologie in Kommentaren und

Rechtswörterbüchern, das Sprechen vor Gericht sowie das Übersetzen und Dolmetschen. Der Band geht u.a. auf folgende Leitfragen ein: Wie werden in juristischen Entscheidungen Bedeutungen von Normtexten gerechtfertigt und damit Recht gesprochen? Mit welchen sprachlichen Mitteln konstituieren Akteure Geltungsansprüche sowohl vor Gericht als auch im parlamentarischen Rechtsetzungsprozess? Wie werden juristische Normkonzepte in die Gesellschaft vermittelt? Das Handbuch verdeutlicht den enormen Einfluss der Rechtssprache und macht dies für Laien transparent.

EU External Relations Law

Markets for many classes of recyclable materials are growing, but market failures and barriers are constraining some markets. This report presents the case for the use of 'industrial' policies which address such market failures and barriers.

Karlsruher juristische Bibliographie

Sitzungsberichte